2010/14 Thema

https://jungle.world/artikel/2010/14/die-abgetriebene-hochzeit

Schwulenhass in Kenia

Die abgetriebene Hochzeit

von **martina backes**

In Kenia drohen Homosexuellen Haftstrafen und Gewalt. Schwulenhasser nutzen die Verbreitung von Aids für ihre Propaganda – und wissen diese zugleich mit der Debatte über das Abtreibungsverbot zu verbinden.

Jedes Jahr gibt es am Welt-Aids-Tag in Nairobi eine Straßenaktion, bei der Theatergruppen auf das Thema HIV aufmerksam machen und bunte Aufklärungsposter verteilt werden. 2009 hielt der Tag eine Überraschung bereit: Eine Gruppe weiß geschminkter Menschen erinnerte unübersehbar daran, dass es auch in Kenia Schwule und Lesben gibt, die nicht nur in verruchten Nachtbars tanzen, sondern in der Stadt und auf den Dörfern leben, arbeiten und studieren, sich lieben und sich nicht aus der Welt schaffen lassen. Auch wenn religiöse Autoritäten und Politiker Homosexualität als unafrikanisch, als unnatürlich oder als Werk des Teufels bezeichnen.
Die Koalition der Schwulen und Lesben in Kenia (GLACK) machte auf dem Welt-Aids-Tag mit ihrer Aktion deutlich, dass die in Kenia verbreitete Stigmatisierung von Homosexuellen und Transgendern gegen die Menschenrechte verstößt. Schwulen wird immer wieder die medizinische Versorgung verweigert, sie müssen auch fürchten, vom Gesundheitspersonal und den kostenlosen HIV-Testlabors als Schwule angezeigt zu werden. Denn dem kenianischen Strafgesetzbuch zufolge können Männer, die andere zu »homosexuellen Straftaten« verführen, mit bis zu 21 Jahren Haft bestraft werden. Bei »homosexuellen Vergehen« wie Geschlechtsverkehr sind auch bei beiderseitigem Einverständnis bis zu 14 Jahren Haft vorgesehen. »Unanständiges und anstößiges Verhalten« zwischen Männern, ob in der Öffentlichkeit oder im Privaten, kann mit bis zu fünf Jahren Gefängnis sanktioniert werden. Die homophoben Paragraphen sind ein koloniales Relikt, das den Briten ehemals dazu diente, das sexuelle Verhalten der Kolonisierten zu normieren und zu kontrollieren. Und wenngleich es bisher angeblich kaum zur Anwendung kam, warnt die kenianische Gemeinde von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender ihre Mitglieder vor Verfolgung, Verhaftung, Gewalt und Willkür.
»Wir leben jederzeit in Angst vor Attacken«, sagt Denis Nzioka von der kenianischen Fraktion der Gay Activists Alliance International. Und die Hetze gegen Schwule nahm im vorigen Jahr zu. Als im Februar eine Hochzeit zweier Schwuler angekündigt wurde, sprach der Distriktbeauftragte in der nördlich von Mombasa gelegenen Küstenstadt Mtwapa auf einer Pressekonferenz von »Kranken«, die »beseitigt werden müssten«, um Mtwapa zu »säubern«. Omar Masumbuko, ein ehemaliger Parlamentarier, soll einem Bericht der Kenianischen Menschenrechtskommission (KHRC) zufolge den Mob, der die Hochzeit verhindern wollte, ermutigt haben, das Gesetz in die

eigene Hand zu nehmen, statt Homosexuelle der Polizei zu übergeben. Der christliche Radiosender Baraka FM hatte ähnliche homophobe Statements weitgehend unkommentiert gesendet.

In Mtwapa befindet sich die staatliche Medizinische Forschungsanstalt KEMRI, deren Mitarbeiter im Rahmen von Programmen zur Aids-Prävention Schwule beraten. Im Februar wurde dem Institut von Radikalen eine Belagerung angedroht, woraufhin es vorsorglich geschlossen wurde. Zuvor hatten der Vorsitzende des kenianischen Rats der Imame und Prediger (CIPK), Ali Hussein, und Bischof Chai, Funktionär des nationalen kenianischen Kirchenrats (NCCK), in einer gemeinsamten Pressekonferenz eine Untersuchung und die sofortige Schließung des Instituts gefordert, das »diese Kriminellen mit Beratung versorgt«. Die Regierung hat sich dazu nie öffentlich geäußert.
Das alles passiert in einer Zeit, in der in Kenia die Verfassung neu geschrieben wird. Der zweite Entwurf, der erst noch durch ein Referendum bestätigt werden muss, enthält einen Passus, der Homo-Ehen indirekt ausschließt. Auch werden sexuelle Identität und sexuelle Orientierung im Diskriminierungsverbot nicht explizit erwähnt, der Beauftragte für Minderheitenrechte braucht sich also um die Rechte sexueller Minderheiten nicht zu kümmern. Mit der neuen Verfassung entscheidet sich, welche Strafgesetze künftig noch verfassungskonform sind – die homophoben Gesetze dürften weiterhin bestehen bleiben. Das spiegelt wider, was viele politische und religiöse Autoriäten in den sonntäglichen Messen, in der Moschee und auf Pressekonferenzen kundtun: Homosexualität sei nicht Teil der kenianischen Kultur.

Dass nun ausgerechnet die hohe HIV-Infektionsrate in Kenia Anlass gibt, Homosexualität öffentlich zu thematisieren, macht die Situation für sexuelle Minderheiten nicht gerade einfacher. Einer voriges Jahr veröffentlichten Studie zufolge finden 15 bis 20 Prozent aller Neuinfektionen in Kenia unter Schwulen statt. Da viele Schwule auch bisexuelle Ehen führen, wird auf eine »nationale Gefahr« verwiesen, die von ihnen ausgehe: HIV werde vermehrt aus dem Kreis der Homosexuellen hinaus in die Bevölkerung getragen. So wird den Schwulen die Schuld an der Verbreitung einer Krankheit zugeschrieben, für deren Behandlung es für viele keine Medikamente gibt. Derzeit sind über eine Million Kenianer mit dem Virus infiziert. Die kenianische Regierung reagierte auf die Ergebnisse der Studie voriges Jahr mit der Bekanntgabe einer Zählung der Schwulen im Zuge der im gleichen Jahr durchgeführten Volkszählung. Damit wäre der Kriminalisierung von Schwulen ihre landesweite statistische Erfassung gefolgt. Durchführen sollte die Zählung das Nationale Programm zur Kontrolle von Aids und Geschlechtskrankheiten (NASCOP), das die Anzahl von Schwulen in Nairobi und der Küstenregion auf rund 100 000 schätzt.
Die Ergebnisse der HIV/Aids-Studie werden auch von jenen zitiert, die sich für Schwulenrechte einsetzen und uneingeschränkte medizinische Versorgung für Homosexuelle einfordern. Denn die Kriminalisierung von Homosexuellen ist nicht nur eine Verletzung der Menschenrechte, sie hat auch zur Folge, dass die Betroffenen mit der Krankheit alleine gelassen werden. Mary Makhokha, Leiterin der Grasroot-Organisation REEP, fordert Gesundheitszentren für Schwule in ländlichen Regionen, in denen sich viele Betroffene vor Gewalt und Totschlag fürchten.

Die vielen Medienberichte über die angekündigte Hochzeit des schwulen Paares in Mtwapa haben zumindest dazu geführt, dass im streng christlichen Westen Kenias nun diejenigen, die an das Wort »gay« kaum zu denken wagen, sich mit der Existenz von Homosexualität konfrontiert sehen. Allerdings benutzt die Presse ein sehr abfälliges Vokabular: Die Eheschließung sei aborted, sprich »abgebrochen« oder »abgetrieben« worden. Das passt dazu, dass gleichzeitig in

Kenia ein religiös geprägter Streit um das extrem restriktive Abtreibungsgesetz geführt wird, welches schon für den Versuch oder die Beihilfe zum Versuch einer Abtreibung sieben bis 14 Jahre Gefängnis vorsieht. Nachdem Menschenrechtlerinnen ein Recht auf legale Abtreibung gefordert haben, agitieren die christlichen Fundamentalisten nun gleichermaßen gegen Homosexualität und Abtreibung.

In diesem Zusammenhang wirkt das Wort aborted wie ein Signal, denn Abtreibung wird von christlichen Radikalen weithin als Mord angesehen. Die von Polizei und Mob verhinderte Homo-Hochzeit wird so in der Berichterstattung mit der Hoffnung verknüpft, derlei Ansinnen aus der kenianischen Gesellschaft ein für allemal auszutreiben. Die noch junge Bewegung der Schwulen, Lesben und Transsexuellen hat also schwierige Zeiten vor sich. Die Illegalisierung der Abtreibung und die daraus immer wieder folgende Verweigerung ärztlicher Behandlung haben übrigens zur Folge, dass jährlich rund 3 000 Frauen an den Folgen von Abtreibung sterben. Die religiös geprägte Moral ist in Kenia nicht nur für Homosexuelle lebensgefährlich.

© Jungle World Verlags GmbH